

Editorial



Liebe FU-Frauen,
liebe Freunde der Frauen Union,

rechtzeitig zum Delegiertentag legen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, unser Hexenblatt vor, das mit der Vielfalt der Themen den Anspruch der FU untermauert, in allen Politikfeldern zu Hause zu sein.

Hinter uns liegt die Aufstellung der Bundestagsliste für die die Frauen Union insgesamt 13 respektable Frauen vorgeschlagen hat – Vorschlag und Ergebnis drucken wir in diesem Heft ab. Es sei „Brauch“ in der CDU Schleswig-Holsteins, die Direktkandidaten der Wahlkreise zuerst auf der Liste zu berücksichtigen, las man neulich in einer Zeitung. Das Wort ist mittelhochdeutscher Herkunft und bezeichnet seit dem 16. Jahrhundert eine Sitte oder Gewohnheit. In der Volkskunde hat sich im 20. Jahrhundert das Wort „Brauchtum“ eingebürgert. Und das ist es denn wohl auch und kollidiert auf's Ärgste mit den modernen Zeiten, denen die CDU-Satzung entstammt: Innerhalb jeden Dreierschrittes ist eine Frau vorzuschlagen. Ist dies nicht gelungen, hat eine Begründung dafür zu erfolgen, dass man sich bemüht, aber keinen Erfolg gehabt habe. Das Bemühen ist angesichts der von der FU vorgeschlagenen Liste wenig nachvollziehbar. Aber es ist eben der Brauch. Ich erinnere daran, dass auch Artikel 3 des Grundgesetzes ausdrücklich sagt: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung von Nachteilen hin.“ Genau das ist das Ziel. Es zu verfolgen ist satzungsmäßige Aufgabe jedes FU-Vorstandes.

Die Landesliste, die am 15. Mai aufgestellt werden soll, dürfte kaum Probleme bereiten, denn hier haben die Kreisverbände diesmal für eine ausreichende Zahl von weiblichen Direktkandidaten gesorgt. Es ist elf Kandidatinnen gelungen, eine Wahlkreisnominierung zu gewinnen. Es gibt also auf Kreisebene Bewegung, wie auch schon die Vielzahl der Frauen zeigt, die nach der Kommunalwahl Ämter und Mandate erobert haben. Ich freue mich besonders, dass die Mentees des FU-Mentorenprogramms hier persönliche Erfolge erzielt haben und ihren Weg in die Politik gemacht haben oder ihn noch gehen werden.

Wir brauchen die Lebenserfahrung, den speziellen Blickwinkel von Frauen auf unsere Gesellschaft, um die Bereiche mitzugestalten, die unser Leben bestimmen: Wie sind Familie und Beruf zu vereinen? Warum werden Männer und Frauen für gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt? Wie ist Altersarmut von Frauen zu lindern? Was geschieht in unseren Schulen? Was wird aus unseren Städten und Gemeinden? Was wird aus dem Gesundheitssystem? Es sind viele Fragen, deren Antwort Frauen mitgestalten müssen, in den kommunalen Vertretungen, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament.

Vor uns liegt die Europawahl. „Europa weiblich“ lautet das Motto unseres Delegiertentages – was erwarten Frauen von der EU, vom Europäischen Parlament. Karin Brückert, Marion Gaudlitz, Maren von Maltzahn und Dr. Stefanie Rönnau haben dazu ein Papier erarbeitet, das wir dem Delegiertentag vorstellen wollen. Im Gespräch mit der NDR-Studiodirektorin in Lübeck, Dr. Mechthild Maesker, werden sich die ersten Drei der Europaliste, Reimer Böge, Niklas Herbst und Karin Brückert darüber unterhalten, was „Europa weiblich“ ausmacht.

Der Delegiertentag hat zudem einen neuen Landesvorstand der FU zu wählen. Ich werde erneut kandidieren, ebenso die stellvertretende Vorsitzende Karin Brückert, Mitglied des Bundesvor-

stands der FU. Meine Stellvertreterin Dagmar Jonas will sich zukünftig vor allem ihrer Aufgabe als Bürgermeisterin der schönen Stadt Glücksburg widmen und steht nicht wieder zur Wahl ebenso wie Marion Gaudlitz und Inga Stammer. Ihnen sei für Mitarbeit schon an dieser Stelle gedankt.

Ich hoffe, Viele von Ihnen in Rendsburg begrüßen zu können. Der Delegiertentag möge dazu beitragen, die Gemeinschaft der Frauen Union zu stärken.

Herzlich
Ihre Karin Wiedemann



Ruth Schwarz

Weltgebetstag 2009

Der Weltgebetstag der Frauen wird alljährlich am ersten Freitag im März (in diesem Jahr also am 6. März) in 170 Ländern gefeiert. Sein Symbol (ein Kreis, in dem in der Mitte vier Pfeile zu einem Kreuz aufeinander treffen), steht dafür, dass aus den vier Himmelsrichtungen Menschen zum Gebet zusammenkommen und miteinander verbunden sind durch den Kreis, eine internationale ökumenische Basisbewegung also. Der diesjährige Weltgebetstagspruch lautet denn auch „Viele sind wir, aber eins in Christus“. Die Bewegung hat ihre Wurzeln in den USA und in Kanada und geht bis ins 19. Jhdt. zurück.

In Deutschland wird der Weltgebetstag seit 60 Jahren begangen. In jedem Jahr kommt von einem anderen Land eine Gottesdienstordnung, von Frauen dort entworfen. Nach der gleichen Liturgie, mit gleichen Bibeltexten und Gebeten wird der Gottesdienst weltweit abgehalten, beten die Frauen für die Belange in ihrem Land. Eine enorme Solidarität! Schon bei der Vorbereitung und Einübung ist sie bei den Teilnehmerinnen zu spüren. Nach dem Gottesdienst findet üblicherweise ein gemeinsames Essen mit landestypischen Gerichten des ausrichtenden Landes statt.

In diesem Jahr ist es Papua- Neuguinea, ein Inselstaat aus 600 Inseln im Pazifischen Ozean. Der Staat ist etwas größer als Schweden und (ich zitiere aus dem Begleitheft 2009) „bietet eine große landschaftliche Vielfalt: Küstenregionen und fruchtbare Schwemmebenen, zerklüftete Gebirgslandschaften mit weiten Tälern, Grasflächen und Regenwälder.

97% des Landes sind Gemeinschaftseigentum. Etwa 85% der ca. 6,3 Mio. der Einwohner und Einwohnerinnen leben in ländlichen Regionen und überwiegend von dem, was Frauen in den Gärten anbauen, wie Süßkartoffeln und Gemüse. Überschüsse und speziell Angebautes wie z.B. Kaffeebohnen werden verkauft, um Geld für den täglichen Bedarf, für Schulgebühren, medizinische Versorgung oder Transport zu erwirtschaften. Hungern muss in Papua-Neuguinea, diesem fruchtbaren Land mit tropischem Klima, niemand. Aber reich sind auch nur wenige - leider oft aufgrund von Korruption. Von der Abholzung des Regenwaldes und der Ausbeutung der Bodenschätze Kupfer, Nickel, Mangan, Silber und Erdgas profitieren bislang vor allem ausländische Firmen. Die Umweltschäden aber betreffen ausschließlich die Menschen in Papua- Neuguinea.

Doch die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft brauchen Einnahmequellen, um das Bildungs- und Gesundheitswesen auszubauen, die Infrastruktur, wie z.B. den Straßenbau, zu verbessern und Anreize dafür zu schaffen, immer mehr Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte im Land selbst zu verarbeiten.

Derzeit lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, die Lebenserwartung beträgt 60 Jahre, die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist eine der höchsten der Welt, und nur etwa die Hälfte der Frauen und zwei Drittel der Männer können lesen und schreiben.

Aber mehrsprachig sind in Papua- Neuguinea alle, denn in diesem Land werden über 800 verschiedene Sprachen gesprochen- ein Viertel aller in der Welt gesprochenen Sprachen! Wie wichtig angesichts dieser Vielfalt die eigenen „Wantoks“ (one talk: engl. Begriff für eine Sprache) sind, also die Angehörigen der gleichen Sprachgruppe, ist nachvollziehbar. Diejenigen, die die gleiche Sprache sprechen, helfen einander selbstverständlich – ein wichtiges soziales Netz ohne Krankenversicherung und staatliche Sozialleistungen.

Die Kirchen leisten in Papua- Neuguinea, wo nach Schätzungen über 90% Christen und Christinnen sind (...), wichtige Arbeit im sozialen Bereich. Sie unterhalten ländliche Gesundheitsposten, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten und führen Programme zur Überwindung von Gewalt durch. Gewalt gegen Frauen, Bandenkriminalität und Stammesfehden erschweren vor allem Frauen und Mädchen das Leben. Ihre Situation findet bislang zu wenig Berücksichtigung. Unter den 109 Parlamentsmitgliedern befindet sich nur eine Frau.

Der Weltgebetstag stärkt Frauen in Papua-Neuguinea und überall auf der Welt in ihrem Glauben an den befreienden Gott, in ihrer Würde und in ihren Fähigkeiten.“

Die jährliche Kollekte wird an Frauenprojekte in 76 Ländern verteilt. Die Entscheidung über die Zuteilung liegt beim Weltgebetstag-Komitee. „Gemeinsam mit `Brot für die Welt` unterstützt das Deutsche WGT- Komitee das „Bougainville Inter-Church Women`s Forum“, ein ökumenisches Frauenforum, das 1996 aus einer Initiative von kirchlich engagierten Frauen hervorging, die sich auf der vom Bürgerkrieg gezeichneten Insel (Bougainville d. Verf.) für eine friedliche Lösung einsetzten.“

Das Vorhaben fördert Gemeindeentwicklung, Alphabetisierung, Konfliktlösungsschulung, Stärkung von Frauen in Familie, Clan und in der Politik, Überwindung von Aids.

Der Weltgebetstag betrifft uns nicht nur als Christinnen, viele Frauen in der CDU sind nicht mehr unbedingt Mitglied der Kirche. Ob Christin oder nicht, die internationale Solidarität ist beeindruckend. Man kann aus ihr Kraft und Mut schöpfen. Ähnliches habe ich erlebt während einer Albanien-Reise, die wir mit dem Landes – EAK 2008 unternahmen. In Tirana stieß ich auf ein Frauenforum der PDK, einer Partei, die der CDU entspricht. Die Frauen dort haben im postkommunistischen Albanien eine Politik mitbegründet, die auf dem christlichen Menschenbild fußt. Sie müssen sich gegenüber viel größeren Parteien behaupten, verteidigen aber die christlichen Wurzeln im europäischen Erbe und verdienen unsere Solidarität. Umgekehrt können wir uns von ihrer Ursprünglichkeit anstecken lassen.



Gudrun Hunecke

So weich, so sanft - oder we can do it !

Führungskräfte sind manchmal ein bisschen schizophoren, wenn es um Mitarbeiterqualitäten geht, führte u.a. die SZ aus. Seit ein paar Jahren sind so genannte weibliche Qualitäten gefragt. Qualitäten wie: ergebnisorientiert, kommunikativ, konsensfähig, bescheiden, anpassungsfähig, teamorientiert, einfühlsam, fleißig, freundlich, sozial orientiert.

Lauter hochgelobte Qualitäten, die sog. weibliche Verhaltensweisen, allerdings nur, solange Frauen mit mehreren derartigen Eigenschaften nicht versuchen, zu weit nach oben zu kommen. Denn ganz oben, in den einsamen Sphären der Macht, da sei etwas anderes gefragt. Nämlich:

Willensstärke, Risikofreudigkeit, Effizienz, Kompetenz, Nervenstärke, Sachlichkeit, Realismus, analytisches Denken.

Ich reibe mir nun verwundert die Augen und frage ganz analytisch: na und? Sind (können) wir Frauen das nicht auch? Aber natürlich, wie sonst wären wir denn in hohe Machtpositionen gekommen. Die Zahl könnte größer sein. Richtig, aber we can do it.



Männliche Unlustgefühle

Gertrude Lübke-Wolff

Richterin des Bundesverfassungsgerichtes

Zitat aus:

festschrift zum symposium „20 Jahre Frauenministerium des Landes Schleswig-Holstein“

Es wäre allerdings naiv zu glauben, dass emotionale Vorbehalte gegen Frauen in der Rolle der Berufskollegin oder gar Chefin ausgestorben sind.

Solche Vorbehalte müssen nicht die Form der Überzeugung haben, dass Frauen die notwendigen Fähigkeiten fehlten. Es kann sich um die schiere Unlust auf Umgang mit Frauen in solchen Rollen handeln, bis hin zu regelrechten Bedrohungsgefühlen bei Männern, deren Selbstbewusstsein mehr auf ihrem Geschlecht und den damit verbundenen Möglichkeiten des Herabblickens als auf anderen Qualitäten ruht.

Oder um bloße Verhaltensunsicherheiten, die sich als Ungemütlichkeitsempfindung bemerkbar machen.

Oder um Unlust auf die Veränderungen, die sich – von den halbdienstlichen Freizeitvergnügungen bis zum kommunizierbaren Witzrepertoire – ergeben, wenn in eine bislang nur aus Männern bestehende Gruppe Frauen zugelassen werden.

Oder um die Unlust auf die Infragestellung des eigenen Familienmodells, die sich ergeben kann,

wenn plötzlich eine Frau vormacht, dass es auch anders geht als man immer zu Hause erzählt hat.

Es gab Kollegen, die einfach nicht unverkrampft mit mir umgehen konnten. Einige davon konnten überhaupt mit niemandem unverkrampft umgehen, aber die Sache verschlimmerte sich deutlich, wenn es darum ging, mit mir umzugehen bis hin zu einer greifbaren Befangenheit, einem Nichtsanfangen können mit dem Gegenüber.



Sighild Klamt

Aufstieg durch Leistung nicht durch Herkunft !

In der heutigen Zeit des Globalismus mit seiner wirtschaftlichen Unsicherheit, in der viele bis in die höchsten Chefetagen um Arbeitsplätze bangen, gewinnt die Bildungspolitik immer mehr an Bedeutung. Die Auffassung, eine gute Bildung und Ausbildung sei die erfolgreichste und solideste Voraussetzung, um nicht nur einen Arbeitsplatz zu finden, sondern auch ihn zu erhalten, gewinnt immer mehr an Überzeugungskraft.

Daher hat auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Bildungspolitik zum Schwerpunkt ihres Wahlkampfes zur Bundestagswahl gemacht. Aus den gleichen Erwägungen plant auch die CDU Schleswig-Holstein die Bildungspolitik zum Hauptthema der Landespolitik und des Landtagswahlkampfes 2010 zu machen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Problematik der Regionalschule zu sehen. Denn die enttäuschende Akzeptanz der Regionalschulen durch Eltern, Lehren und Schülern ist ein alarmierendes Signal, da große Teile der Bevölkerung in ihr nur die Abschaffung der Realschule sehen. Das ist wiederum auf das Fehlen einer durchdachten Konzeption für die Regionalschule zurückzuführen, die an sich große Entwicklungspotenziale böte.

Noch besorgniserregender ist, dass der Realschullehrerverband eine Volksbefragung zum Thema "Zum Erhalt der Realschulen in Schleswig-Holstein" beschlossen hat, die nach geltender Rechtslage in drei Stufen, nämlich der Volksinitiative, dem Volksbegehren und dem Volksentscheid, zu erfolgen hat. Die Volksinitiative "Zum Erhalt der Real-

schulen in Schleswig-Holstein" ist bereits erfolgreich abgeschlossen worden. So konnte der Realschullehrerverband (VDR) am 20. Mai 2008 dem Landtagspräsidenten fast 30.000 Unterschriften überreichen. Damit hat die Volksinitiative die gesetzlich geforderte Zahl von 20.000 Unterschriften um fast 50% überschritten und das in einer Zeit von sechs Monaten, obgleich die gesetzlich vorgeschriebene Zeitspanne zwölf Monate beträgt. Damit ist der Weg für die zweite Stufe, dem Volksbegehren frei, dessen Planung für 2009 schon anläuft.

Als problematisch könnte sich dabei auch noch für die CDU Schleswig-Holstein das nachdrückliche Eintreten der Bundeskanzlerin für das gegliederte Schulwesen erweisen.

Aus all diesen Gründen ist eine umgehende Erarbeitung eines neuen pädagogisch überzeugenden Konzeptes für die Regionalschulen dringend geboten. Dies sollte aus meiner Sicht von zwei einschneidenden Innovationen getragen sein, nämlich:

- Erweiterung des Realschulbildungsganges um einen 11. und 12. Jahrgang zur Erreichung der Fachhochschulreife.
- Einführung neuer pädagogischer Angebote für die Hauptschule, die für die Hauptschüler individuell aufgewertete Abschlüsse ermöglichen.

Angesichts der desolaten Ausbildungs- und Berufsunfähigkeit vieler Jugendlicher möchte ich u.a. auf das vorbildliche hessische Fördermodell: „Lernen und Arbeiten in **Schule und Betrieb**“ sowie auf das „Neue SchuBkraft für Abschlussgefährdete Schülerinnen und Schüler“ aufmerksam machen. Diese Fördermaßnahme „SchuBmodell“ beinhaltet, dass die Schüler und Schülerinnen 2 Tage im Betrieb sind und 3 Tage Unterricht mit gekürzter Stundentafel unter Beschränkung auf die Kernfächer erhalten. Dieses Modell wird von der EU mit 5 Mio. € unterstützt. Das SchuB Erfolgsmodell (es besteht an 91 Schulen und 138 Klassen in Hessen) hat sich in der schulischen Praxis so überzeugend bewährt, dass die Hessische Landesregierung erwägt, dieses an allen Hauptschulen einzuführen. Diese neue Hauptschulpädagogik wurde in ständigem Kontext und mit großer Zustimmung der Wirtschaftsverbände seit Jahren erprobt und ständig verbessert.

Um die Durchlässigkeit zwischen beiden Bildungsgängen zu sichern, muss selbstverständlich für entsprechend befähigte Hauptschüler ein jederzeitiger Übergang in den Realschulbildungsgang möglich sein, sogar in einzelnen Fächern, deren Endensuren des 9. Jahrganges zusätzlich in das Hauptschulabgangszeugnis als zusätzliche Qualifikation dokumentiert werden sollten.

Realschulbildungsgang

Die Erweiterung des Realschulbildungsganges durch einen 11. und 12. Jahrgang mit dem Abschluss der Fachhochschulreife, wie es der Verband Deutscher Realschullehrer Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. der dortigen Bildungsministerin Doris Ahnen vorgeschlagen hat, bedeutet zweifellos eine entschiedene Aufwertung des Realschulbildungsganges. Diese Meinung teilt auch die Bildungsministerin von Rheinland-Pfalz Doris Ahnen. Auch sie sei entschlossen, die Realschule plus durch eine gute inhaltliche und personelle Ausstattung zum Erfolg zu führen: „Die Schaffung eines durchgängigen Bildungsganges an der Realschule plus bis zur Fachhochschulreife ist für mich Kernstück der Reform und wird es auch bleiben“, betonte die Ministerin.

Unabdingbare Voraussetzung für die Erlangung der Fachhochschulreife ist jedoch, dass ab dem 7. Jahrgang ein qualifizierter Realschulunterricht mit dem bisherigen Anforderungsniveau, der unter klarer Fächerdifferenzierung (Biologie, Physik, Chemie; Geschichte, Erdkunde) von Realschullehrern erteilt wird.

Charakteristikum dieses neuen Schultyps ist die intensive und verstärkte individuelle Förderungsmöglichkeit des Einzelnen. Um die Chancengerechtigkeit herzustellen, ist selbstverständlich auch der Einsatz von Schulsozialpädagogen wie an Gesamt- und Gemeinschaftsschulen unverzichtbar, wie es bisher schon dort üblich ist.



Karin Brückert

Frauen sind wie weiße Seide

Zufällig habe ich am 23.10.2008 im Radio das Forum „Frauen sind wie weiße Seide – britische Behörden gehen strenger gegen Ehrenmorde und Zwangsehen vor“ gehört.

Bei einer weiteren Recherche zu diesen Themen stieß ich auf eine Untersuchung von James Brandon und Salam Hafez mit dem Titel „Crimes of the Community“¹, in der die Gründe für die mangelnde

¹ Crimes of the Community: Honour-based violence in the UK by James Brandon und Salam Hafez, Centre for Social Cohesion, A Civitas Projekt, Centre for Social Cohesion, Clutha House, 10 Storey's Gate, London SW IP 3AY, 2008

Integration der moslemischen Migranten der dritten oder gar vierten Generation untersucht und analysiert werden. Da die Situation in Großbritannien sich meiner Ansicht nach nicht wesentlich von der in der Bundesrepublik oder anderen europäischen Ländern unterscheidet, möchte ich hier eine Zusammenfassung dieser Untersuchung geben.

Genau wie auf dem Kontinent sind auch in Großbritannien Verbrechen im Namen der „Ehre“ zunehmend in das Interesse der Öffentlichkeit, der Medien, der Polizei und auch der Politikerinnen und Politiker gerückt. Es ist ein dringendes gesellschaftliches Problem in ganz Europa geworden, dessen Ursachen erkannt werden müssen, um endlich Lösungen zu finden.

Allerdings lenkt die Konzentration auf einige wenige spektakuläre Ehrenmorde, die in der letzten Zeit durch die Medien gegangen sind, von dem wahren Ausmaß der Verbrechen im Namen der „Ehre“ ab. Ehrenmorde sind die Spitze des Eisbergs hinsichtlich Gewalt und Missbrauch von Frauen und Mädchen.

Die Studie belegt, dass Ehrenmorde, häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder, Zwangsheiraten und Genitalverstümmelungen von Frauen keine Einzeltaten, sondern Teil eines eigenständigen Sozialsystems sind, das auf Ehrengedanken und kultureller, ethnischer und religiöser Überlegenheitsgefühle moslemischer Strukturen basiert. Überall werden in Europa Frauen durch ihre eigene Familie mit körperlicher Gewalt, Vergewaltigung, Tod, Verstümmelung, Entführung, Betäubung, Freiheitsentzug, Bildungsentzug und Zwangsheirat bedroht. Man kann es nicht deutlich genug sagen, dass es sich nicht um ein einmaliges Phänomen der ersten Generation von Einwanderern handelt, die ihre eigenen heimischen archaischen Gebräuche nach Europa mitbrachten. Die Verbrechen im Namen ihrer Ehre sind in jeder Beziehung ein hiesiges und sich selbst speisendes Phänomen der dritten und vierten Generation von Migranten, die hier aufwuchsen und ausgebildet wurden.

Die Studie konzentriert sich auf vier Aspekte von Verbrechen im Namen der Ehre, die ich hier leider aus Platzgründen nur kurz darlegen kann:

Häusliche Gewalt und „Verbrechen aus Leidenschaft“ gibt es weltweit in allen Gesellschaften. Jedoch unterscheiden sich Verbrechen im Namen der Ehre deutlich von diesen Affekthandlungen. Während „typische“ Vorfälle häuslicher Gewalt so aussehen, dass Ehemänner gegenüber ihren Frauen gewalttätig werden, sieht es bei Verbrechen im Namen der Ehre so aus, dass die eigenen Söhne, die Brüder und Schwestern als auch alle Angehörigen

der Großfamilie und die angeheirateten Verwandten gegen eine Frau oder ein Mädchen gewalttätig werden, wenn sie glauben, dass durch ihr Verhalten die Ehre der Familie oder des Clan beschmutzt wird. Auch die geplante und ritualisierte Art dieser Gewalt (insbesondere im Falle der Ehrenmorde und Genitalverstümmelungen) unterscheidet sich deutlich von Affekttaten gegen Frauen.

- Ehrenmorde
- Zwangsheirat
- Häusliche Gewalt
- Genitalverstümmelungen.

Ehrenmorde

Unter Ehre verstehen moderne westliche Gesellschaften etwas, was man sich verdient. Man ehrt einen Wissenschaftler für besondere Leistungen, Soldaten oder Entdecker für Heldentaten oder auch Politiker für ihre Bemühungen um Frieden und Wohlstand für die Gesellschaft. Menschen wurden geehrt für ihre Weisheit, Stärke, Tapferkeit, Gnade.

Ehre hat einen persönlichen als auch einen öffentlichen Aspekt: einerseits den Selbstrespekt (wie sieht man sich und seinen Nutzen für die Gesellschaft) und andererseits gleichzeitig die Einschätzung dieses Nutzens durch die Gesellschaft.

Die islamische Kultur hat dagegen ein anderes Ehrverständnis.

In der islamischen Kultur kann man Ehre nicht verdienen, sondern man hat sie und muss sie täglich gegen tatsächliche oder vermeintliche Angriffe verteidigen. Ehre ist nichts Positives, sondern eine Last, die man behüten und für die man auch sein Leben geben muss. Ehre kann ein Moslem ganz schnell verlieren und damit verliert er auch seine Stellung in der Gemeinschaft, ein „ehrloser“ Mann ist das Schlimmste für ihn.

Durch ihr sitzames Verhalten zeigt die moslemische Frau die Ehre des Mannes, der Familie, des Clans. Daher sehen sich auch sämtliche Clanmitglieder im Recht und in der Pflicht, sich im Namen der Ehrverteidigung konstant in das Leben der Frau einzumischen. So wird die Ehre zu einem Instrument der totalen Kontrolle. Sie fördert die Überwachung und Denunziation der Frauen und Mädchen.

Die moslemische Gesellschaft akzeptiert, dass Mädchen und Frauen, die die Ehre der Familie beschmutzen, ermordet werden, denn nur so ist die Ehre wieder hergestellt.

Die englische Studie zeigt, wie tief die Kluft zwischen den Gesellschaften ist: Auch in Großbritan-

nien fördert man, dass Migranten im öffentlichen Dienst als Sozialarbeiter, Polizisten, Lehrer usw. arbeiten, weil die Behörden glauben, so leichter Zugang zu den Communities zu bekommen und die Integration der Zuwanderer zu beschleunigen und intensivieren. Die Praxis zeige aber, dass moslemische Polizisten und Sozialarbeiter ihr Insiderwissen dazu nutzen, die Aufenthalte von „entlaufenen“ Mädchen den Eltern oder Clans zu nennen, damit man ihrer habhaft wird. Die Bindungen zu den „Ehr“-strukturen der Community seien also stärker als der Wunsch sich in die bestehende Gesellschaft zu integrieren.

Zwangsheirat

Auch in Parallelgesellschaften in Großbritannien ist es üblich, dass Frauen mittels Gewaltandrohung gegen ihren Willen verheiratet werden. Man spricht von Zwangsheirat, wenn irgendeine Form von Zwang – körperlicher oder psychischer Art – ausgeübt wird, um von einem oder beiden Beteiligten die Zustimmung zur Ehe zu erreichen. Es wird unterschieden zwischen einer arrangierten Ehe, der beide Partner zustimmen, und einer Zwangsheirat.

Offiziell sind in Großbritannien durchschnittlich 300 Fälle von Zwangsheirat pro Jahr bekannt, in einigen Fällen sind die Mädchen erst 13 Jahre alt; aber Frauengruppen und die Polizei geben an, dass die tatsächlichen Zahlen viel höher liegen.

Hauptgrund für eine Zwangsheirat ist es, das Sexualverhalten der jungen Menschen in geordnete Bahnen zu lenken und alle Verhaltensweisen, die Schande über die Familie bringen könnten, zu unterbinden. Weitere gewichtige Gründe sind aber auch, dass die Stellung der Familie, des Clans in der Community erhöht werden und der Reichtum erhalten oder vermehrt werden soll. Drohende Verwestlichung der Kinder ist ein häufiger Grund für Zwangsheiraten oder die Angst, dass ein Kind einen nicht moslemischen Partner auswählen könnte. Die Scharia, das moslemische Gesetz, verbietet die Heirat mit Nicht-Moslems.

Häufig werden Mädchen und junge Frauen mit Cousins verheiratet, um den Reichtum der Familie zu erhalten und/oder die familiären Bindungen zu stärken. Aber es gibt auch Fälle, dass durch Zwangsheirat billige Arbeitskräfte für das familien-eigene Geschäft in die Familie kommen.

Die Studie von James Brandon und Salam Hafez fassen die Gründe für Zwangsheiraten wie folgt zusammen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben):

- Aufrechterhaltung der Familienehre und Stolz innerhalb der Community

- Stärkung der Familienbande innerhalb der Community oder der weitläufigen Familie, auch um die finanzielle Situation der Familie zu verbessern
- Kontrolle des Verhaltens, damit den traditionellen Normen der Familie oder Community entsprochen wird
- Erhalt des Familienvermögens, das sich auch häufig im Herkunftsland befindet
- Unterbindung von Beziehungen mit Personen, die nicht zur eigenen ethnischen, kulturellen oder religiösen Volksgruppe oder Kaste gehören.
- Hilfe, um Verwandten die Einwanderung zu ermöglichen
- Durchführung von Übereinkünften und Absprachen innerhalb der Familien

Zwangsheiraten geht oft schwere körperliche und psychische Gewalt voraus, die praktisch jedes Familienmitglied ausüben kann. Vor der Zwangsheirat werden die jungen Frauen oft vor dem Schulabschluss aus der Schule genommen und im Haus gehalten. (Wenn Mädchen aus der Schule genommen werden, trauen sich die Lehrer oft nicht nachzufragen aus Angst des Rassismus oder mangelnden Respekts gegenüber Minderheiten beschuldigt zu werden.)

Dieses Eingesperrtsein führt häufig bei den Teenagern zu schweren seelischen Erkrankungen, Selbstverletzungen und Selbstmord (es gibt keine verlässlichen Selbstmordzahlen, da Selbstmord oft als Unfall vertuscht wird oder behauptet wird, dass das Mädchen sich im Herkunftsland der Familie aufhält) Manchmal gelingt es Teenagern zu entkommen, was wiederum dazu führt, dass sie ihren Halt durch die Familie verlieren und riskieren, im Namen der Familienehre ermordet zu werden.

Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt wird in dieser Studie wie folgt definiert: Jegliches bedrohendes Verhalten, Gewalt oder Missbrauch von Erwachsenen, die eine Beziehung haben oder hatten oder zwischen Familienmitgliedern – ungeachtet welchen Geschlechts oder sexueller Ausrichtung. Häusliche Gewalt aus Gründen der Ehre unterscheidet sich deutlich von „üblichen“ Vorkommnissen, weil unter Ehr-Aspekten auch Gewalt durch die eigenen Kinder, Geschwister, Schwiegerfamilie oder entfernten Verwandten ausgeübt wird.

Durch häusliche Gewalt sollen Personen daran gehindert werden, sich so zu verhalten, dass der Ruf und die Ehre der Familie im oben dargestellten Sinne durch Klatsch und üble Nachrede beschmutzt

werden. Herauszuheben ist, dass in diesen Fällen nur Frauen betroffen sind; Männer können machen, was sie wollen. Auslöser für häusliche Gewalt können auch hier sein, dass durch „westliches“ Auftreten der Ruf und die Ehre der Familie beeinträchtigt werden könnten oder der Clan mit dem Benehmen nicht einverstanden ist. Jegliches Verhalten, das Klatsch und Denunziation hervorrufen könnte, muss unterbunden werden – auch mit Gewalt. Hierzu gehören Kontakte der jungen Menschen zu Andersgläubigen, westliche Kleidung, Kontakte von Mädchen und Jungen, selbständiges und eigenverantwortliches Handeln, „westliches Benehmen“ (Sport, Teilnahme an Klassenfahrten, Besuch eines Schwimmbades, Besuch öffentlicher Einrichtungen, in denen sich Jungen und Mädchen treffen können) Diese Kontrolle schließt nicht nur die eigene sondern auch die „angeheiratete Familie ein.

Genitalverstümmelungen (Beschneidungen)

Hierunter versteht man teilweise oder völlige Entfernung oder Veränderung der äußeren weiblichen Genitalien aus kulturellen oder religiösen Gründen. Ebenso wie andere Erscheinungsformen der Gewalt aus Gründen der Ehre dient auch die Genitalverstümmelung von Mädchen dazu, dass man verhindern will, dass sie durch ihr Sexualverhaltens die Ehre der Familie oder des Clans beschädigen. Es ist zu gewährleisten, dass sie ihre Jungfräulichkeit bis zur Ehe bewahren.

Die Beschneidungen werden üblicherweise von Frauen durchgeführt, meistens durch die Großmutter. Unicef gibt im Child Protection Information Sheet vom Mai 2006 an, dass ca. 130 Millionen Frauen weltweit beschnitten sind. Genitalverstümmelung soll Untreue von Frauen und sexuelle Unabhängigkeit verhindern, indem man den Sexualtrieb dämpft.

Weltweit sind es hauptsächlich moslemische Frauen die mehr oder minder stark beschnitten werden, aber auch in nicht-moslemischen Gesellschaften, hauptsächlich in Afrika, sind diese Praktiken unter z.T. extrem unhygienischen Umständen üblich.

Es ist Realität, dass Gewalt aus Gründen der „Ehre“ nicht oft an das Licht der Öffentlichkeit gebracht werden, aber im Falle von Beschneidungen ist das noch viel häufiger so.

Folgende Schätzungen hinsichtlich der Beschneidungen von Frauen und Mädchen in England und Wales gibt es:

Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2007²

- 98.376 Mädchen unter 15 Jahre sind bereits beschnitten oder sind davon bedroht
- 65.000 Frauen sind beschnitten
- 30.487 Geburten durch beschnittene Frauen
- 16.000 Mädchen unter 15 Jahre haben sie erlitten oder sind von der schwersten Form der Beschneidung (Verschließung der Geschlechts-teile) bedroht

Z.B. in den neunziger Jahren hat es in Ägypten einen Versuch islamischer Gelehrter gegeben, die Beschneidungen abzuschaffen, aber lediglich die schwerste Form der Beschneidung wird von ihnen als vorislamischer Brauch abgelehnt, „leichtere“ Formen aber zur Kontrolle des weiblichen Geschlechtstriebes befürwortet, weil unbeschnittene Frauen aufgrund ihres Sexualverhaltens die Ehre der Familie beschmutzen könnten.

Abschließend möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen, dass die oben beschriebenen Zustände nicht nur in Großbritannien herrschen. Sie sind ebenfalls in Deutschland, in Europa an der Tagesordnung. Also in Ländern, die sich als Rechtsstaaten sehen. Trotzdem dulden wir, dass die Scharia unter uns gelebt wird. Wir strengen uns an, um Migranten zu integrieren, es gibt unzählige teure Projekte mit diesem Ziel. Da offensichtlich die bisherigen Projekte versagt haben, ist es allerhöchste Zeit, neue Wege zu gehen, um für alle Frauen die Freiheit zu erreichen, die unser Grundgesetz ihnen garantiert. Der Rechtsstaat als Grundlage unserer Gesellschaft muss unser Zusammenleben bestimmen und nicht die „Ehre“.

Die englischen Behörden haben bereits erste Schritte unternommen, um die islamischen Traditionen zu brechen. Dazu gehört die Einrichtung des Foreign and Commonwealth Office (FCO)³ das eine Reihe von Maßnahmen eingeführt hat, um Frauen zu helfen, denen eine Zwangshehe droht oder die in Gefahr sind einem „Ehren“mord zum Opfer zu fallen. Zusätzlich hat das FCO eine Abteilung (Forced Marriage Unit - FMU) gegründet, deren Ziel es ist, Zwangsheiraten überhaupt zu verhindern. Diese Abteilung bearbeitet jährlich ca. 250 – 300 Fälle. Der FCO ist es sogar gelungen, Mädchen, die gegen Ihren Willen im Ausland verheiratet werden soll-

² Quelle: A statistical study to estimate the prevalence of Female Genital Mutilation in England and Wales. Forward, London 2007. <http://www.forwarduk.org.uk/download/96>

³ Forced Marriage (Civil Protection) Bill: Research paper. 28 June 2007
<http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2007/rp07-056.pdf>

ten, wieder zurückzuholen. Die britische Regierung hat zwei Gesetze geschaffen, die Zwangsheiraten und Beschneidung unter Strafe stellen.⁴⁵

Das sind erste Schritte und als Frauen-Union wünschen wir uns, dass europaweit alles unternommen wird, um diese Praktiken zu stoppen.

Übrigens: Die Überschrift lautet vollständig:

Frauen sind wie weiße Seide. Männer sind wie ein Goldbarren. Wenn ein Goldbarren beschmutzt ist, wird er abgewaschen. Weiße Seide muss man wegwerfen.



Gudrun Hunecke

ZAHLEN, die zählen

2,5 Millionen Bundesbürger und Bundesbürgerinnen gelten nach Schätzungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen als alkoholabhängig.

Der Anteil der betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird mit rund 10 % angegeben. Für Schleswig-Holstein gibt die DHS eine Zahl von ca. 80.000 Menschen an, denen eine behandlungsbedürftige Alkoholerkrankung unterstellt werden kann.

Im Jahr 2002 lag der durchschnittliche Verbrauch pro Einwohner bei 121,51 Liter Bier, 20,31 Liter Wein, 3,91 Liter Schaumwein und 5,9 Liter Spirituosen.

3.381 Millionen Euro wurden insgesamt im Jahr 2002 aus Alkoholsteuern eingenommen.

575 Millionen Euro Werbeaufwendungen wurden im Jahr 2002 für alkoholische Getränke erbracht.

Ca. 42.000 Personen sterben jährlich, deren Tod direkt oder indirekt in Verbindung mit Alkohol steht.



⁴ Der Text des Forced Marriage (Civil Protection) Act 2007 unter

http://www.opsi.gov.uk/acts2007/pdf/ukpga_20070020_en.pdf Inkrafttreten Herbst 2008, according to a press release issued by the Ministry of Justice from 28 November 2007

⁵ Female Genital Mutilation Act 2003.

http://www.opsi.gov.uk/ACTS/acts2003/pdf/ukpga_20030031_en.pdf

Dr. Stefanie Rönnau

„Trostpflaster“ für Einheitsschulgegner

Als Vorbemerkung dieses Beitrages sei erlaubt darauf hinzuweisen, dass auch die Verfasserin dieses Textes im Wahlkampf zur Landtagswahl 2005 Unterschriften gegen die Einheitsschule gesammelt hat und daher ebenfalls enttäuscht war, als diese Schulform im Koalitionsvertrag und letztlich auch im Schulgesetz verankert wurde. Doch zum politischen Erfolg gehört auch die Fähigkeit (gute) Kompromisse zu schließen und mit einer guten Politik auf Gegebenheiten und Entwicklungen entsprechend zu reagieren.

Fünf Jahre, viele Debatten, Beschlüsse, die Schulgesetzverabschiedung und -überarbeitung später ist festzustellen, dass momentan mehr Gemeinschafts- als Regionalschulen im Lande zugelassen worden sind. Doch wie heißt es so schön, die Hoffnung stirbt zuletzt und schließlich werden sich die jeweiligen Schwächen und Stärken der einzelnen Schulformen deutlich zeigen und entsprechende Folgerungen hervorrufen.

Bei allem bildungspolitischen Engagement sollte jedoch nicht vergessen werden, dass nicht allein eine Schulform über die Lebenschancen eines Kindes entscheidet. Bereits vor der Einschulung hat das einzuschulende Kind in der Regel fünf Lebensjahre er- und durchlebt. Fünf Jahre, in denen es hoffentlich von seinen Erziehungsberechtigten und seiner Familie spielerisch gefördert worden ist, denn bereits diese Lebenszeit ist von Bedeutung für die Entwicklung eines Kindes und hat entsprechend positive oder auch negative „Auswirkungen“.

Solche „Auswirkungen“ ergeben sich ebenfalls durch den Besuch oder Nichtbesuch einer Kindertagesstätte. Hierbei ist selbstverständlich von Bedeutung, welche Angebote diese Kindertagesstätte einem Kind machen kann und welche Chancen dort wirklich geboten werden.

Nach der Einschulung ist wiederum auch von Bedeutung, ob die Hausaufgaben erledigt werden - gibt es hierfür einen ruhigen Platz, ein eigenes Zimmer, einen eigenen Schreibtisch etc. - bringen sich die Eltern ein? Erhält ein Kind eine vernünftige und ausgewogene Ernährung? Kann es durch den Verzehr des Pausenbrottes und von Obst neue Kräfte generieren? Kann das Kind auch Kind sein, spielen, herumtoben und Sport treiben? Ist für einen ausreichenden und erholsamen Schlaf gesorgt? Selbstverständlich dürfen Aus-, Fort- und Weiter-

bildung des pädagogischen Personals in Kindertagesstätten und Schulen nicht vergessen werden. Können die genannten Berufe Wissensinhalte kind- und altersgerecht vermitteln? Schließlich ist auch von Interesse, mit welchen Lehr- und Lernmaterialien gearbeitet wird.

Dieser bunte Strauß an Beispielen macht deutlich, dass die Bildungslaufbahn eines Kindes - im übertragenden Sinne - von vielen, kleinen Stellschrauben abhängig ist, denn diese einzelnen Stellschrauben entfalten gemeinsam ihre Wirkung und ermöglichen so die erfolgreiche Arbeit des großen Ganzen. Die Leistungsstärke eines Kindes ist somit keineswegs nur von der besuchten Schulform abhängig. Wichtig sind die beispielhaft genannten Stellschrauben, mit denen jedem Kind eine gelungene und seinen Potentialen entsprechende Bildungslaufbahn ermöglicht werden sollte, ohne ein Kind zu einer bestimmten Schullaufbahn zu zwingen. Entscheidend sind letztlich keineswegs Schulform und Bildungslaufbahn, sondern das Wohl eines jeden Kindes!



Karin Wiedemann

Frauen in Chefsesseln

Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr hat eine Information zum Thema „Frauen in Chefsesseln“ veröffentlicht. Es heißt dort:

„Wer sich mit dem Thema „Frauen in der Selbständigkeit“ und „Frauen in Chefsesseln“ befasst, stößt immer wieder auf Statistiken und Gutachten, die aufzeigen, dass Frauen in Deutschland in der schlechteren Position sind, wenn es ums Geld verdienen und Karriere machen geht. Man möchte sich am liebsten frustriert abwenden. Aber:

Ein bekanntes deutsches Magazin berichtete kürzlich, dass auf den Philippinen alles anders ist. Dort laufen Frauen ihren männlichen Kollegen den Rang ab. Zitiert wird das philippinische Arbeitsministerium, demzufolge rund 2,25 Millionen Frauen im Land, aber nur rund 1,6 Millionen Männer in leitender Stellung arbeiten. Der Anteil der Frauen in Führungsjobs sei danach in den vergangenen Jahren stark angestiegen, und dieser Trend würde sich noch weiter fortsetzen. Allein im Jahr 2006 traten 97.000 Frauen eine leitende Stellung an, aber nur 16.000 Männer. Hintergrund sei die gute Bildung



der Frauen: Jede dritte der 12,8 Millionen arbeitenden Philippinerinnen habe laut Ministerium einen höheren Schulabschluss. Bei den 20,1 Millionen arbeitenden Männern sei es nur jeder fünfte.

Betrachtet man das Bildungsniveau in Deutschland, z. B. in Schleswig-Holstein und geht der Frage nach, wie hoch der Anteil der Frauen war, die ein Studium mit bestandener Abschlussprüfung beendet haben, stellt man auch hierzulande eine erfreuliche Entwicklung fest. Im Jahr 1995 waren Frauen an den damals rund 6.000 bestandenen Abschlussprüfungen mit einem Anteil von 37 % beteiligt. Seitdem ist der Anteil der Frauen an den bestandenen Prüfungen kontinuierlich gestiegen – und zwar in absoluten Zahlen ebenso wie in prozentualen. Im Jahr 2000 waren 43,6 % aller bestandenen Prüfungen von Frauen und in 2006 waren es 48,8 %. Diese Entwicklung zeigt, dass Frauen in Schleswig-Holsteins Hochschulen auf dem Vormarsch sind und absehbar auch im Erwerbsleben mit höherem Verdienst stärker präsent sein werden.

Die Landesregierung unterstützt die Entwicklung mit einer Fülle von Angeboten – zum Teil für Frauen und Männer, aber auch mit einer Reihe von Angeboten, die sich speziell an Frauen richten. Dazu gehören die Beratungsstelle für Existenzgründerinnen bei der Investitionsbank (www.ib-sh.de/foerderlotse/), die landesweit elf Beratungsstellen „Frau & Beruf“ (www.frau-und-beruf-sh.de) und das Frauennetzwerk (www.frauennetzwerk-sh.de).

Das Wirtschaftsministerium hat das Projekt „Familienfreundlicher Betrieb“ (www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de – dort rechts den Button „Familienfreundlicher Betrieb“ anklicken) eingerichtet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und damit dem demografischen Wandel entgegen zu treten. In diesem Zusammenhang haben wir einen Wirtschaftspreis (<http://www.schleswig-holstein.de/MWV/DE/Service/Broschueren/Wirtschaft/02Wirtschaftspreis,templated=raw,property=publicationFile.pdf>) initiiert, der 2009 zum zweiten Mal vergeben wird – und zwar an ein Unternehmen, das dem drohenden Fachkräftemangel mit kreativen Ideen entgegen tritt. Initiativen wie www.selbst-und-staendig.com sind zu begrüßen, denn es geht immer wieder darum, Netzwerke zu bilden und weitere Menschen darin einzubinden. Gute Beispiele müssen Schule machen – getreu dem Motto „Tue Gutes und rede darüber!“

Sighild Klamt

Schulsozialarbeit

Mobbing, Medienmissbrauch, Gewalt auf Schulhöfen und in Klassen. Hinzu kommen Probleme mit Drogen und Alkoholmissbrauch. Was ist nur an unseren Schulen los? Das war die Frage auf dem gut besuchten Podiumsdiskussion der Frauenunion, des Evangelischem Arbeitskreises der CDU Neumünster. Lehrerin und Schüler der Elli-Heuss-Knapp-Schule nahmen ebenfalls teil. Im Podium saßen ausgewiesene Fachleuten der Schulsozialarbeit aus Schleswig-Holstein und Neumünster.

Fassungslos und aufgewühlt seien die Schulpraktikanten der Elli-Heuss-Knapp-Schule über die Verhältnisse an vielen Schulen, die zu großen Klassenstärken, die zu kleinen Klassenräume und darüber, dass die Schulen und Lehrer mit den desolaten Folgen zerfallender Erziehungsfähigkeit der Familien alleingelassen würden. Und sie hätten deshalb nur noch in Systemkritik geübt. Von diesen niederschmetternden Erfahrungen ihrer Schüler während ihres Schulpraktikums berichtete Inga Hansen, die Lehrerin der Elli-Heuss-Knapp-Schule. Dennoch hätten ihre Schüler mit dem Wahlfach Schulsozialarbeit trotz sehr gut bestandener Abschlussexamina keinen Arbeitsplatz als Schulsozialarbeiter gefunden.

Als ein weiteres sehr nachdenkliches Beispiel stellte Andrea Krull, Lehrerin an der Hans-Böckler-Schule ihre Abschlussklasse vor. Von den 19 Schülern seien 3 in außerschulischer schulpsychiatrischer Betreuung, 7 in Wohngemeinschaften oder bei Pflegeeltern untergebracht, die anderen 9 seien Migranten mit Sprachdefiziten. 3 von ihnen streben einen Realschulabschluss an, alle anderen haben noch keinen Ausbildungsplatz.

Aufgrund ihrer langjährigen und landesweiten Erfahrung bestätigte Christa Limmer von der Aktion Kinder und Jugendschutz diese schlimmen Zustände und erklärte, dass angesichts dieser großen gesellschaftlichen und schulischen Veränderungen Hilflosigkeit bei Schulen und Lehrern herrsche. Es gäbe einfach zu wenig Unterstützung für Schulen bei wachsenden Zuständigkeiten.

Schulsozialarbeit sei also kein Luxus sondern eine Notwendigkeit, erklärte Barbara Münz-Wiedemann, Landesvorsitzende des Vereins Schulsozialarbeit e. V.

Dorothea Berger vom Sozialministerium wies die Schulsozialarbeit als eine Kommunalaufgabe aus und empfahl eine enge Zusammenarbeit der Schulen mit den Sozialen Diensten der Kommunen und eine Vernetzung mit anderen Trägern der Jugendarbeit.

Die FU empfahl zuerst einmal zumindest den Einstieg der Sozialarbeit an den Grundschulen zu beginnen. Denn für Kinder, die in den ersten beiden Grundschuljahren nicht Lesen und Schreiben gelernt hätten, gäbe es keine Zukunft in unserer Gesellschaft. Dieses Konzept war in einem von mir entworfenem Antrag am 29.04.2008 einstimmig vom Landesdelegiertentag der FU Schleswig-Holstein angenommen worden.

Die Podiumsdiskussion war geprägt von überaus Kompetenten und engagierten Diskussionsbeiträgen der Zuhörer. So berichtete eine Besucherin, Frau Pastoren Sieg, Leiterin des Projektes Kirche und Schule, die Kirche stelle sich jetzt auf die neue Schulsituation ein. Denn infolge von Computerspielen, Privatfernsehen den langen Arbeits- und Ladenöffnungszeiten müssten Familien etwas leisten, was sie nicht leisten können. Deshalb wolle die Kirche Schulseelsorge anbieten und bemühe sich um eine intensive gute Ausbildung für diese Schulseelsorge.

Die Diskussion mündete in einem eindringlichen Appell aller Anwesenden an die Verantwortungsgemeinschaft von kommunaler, Landes- und Bundespolitik. Dass entsprechende Mittel für Schulsozialarbeit aus Geldmangel nicht bereitgestellt werden können, stieß angesichts der ständig wachsenden Steuermehreinnahmen auf völliges Unverständnis und Empörung. Es sei 5 Minuten vor 12 oder gar schon darüber hinaus!

Listenvorschlag der Frauen Union für die Bundestagswahl 2009

Für den Bereich der Listenplätze 1-6 schlug die Frauen Union die beiden gewählten Direktkandidatinnen Anke Eymer und Michaela Pries und für die weiteren Listenplätze namentlich aufgeführte weitere Frauen vor. Eine Platzierung wurde seitens des Hauptausschusses der Frauen Union nicht vorgenommen. Das Gremium forderte den Landesvorstand der CDU allerdings auf, den Listenvorschlag des CDU Landesvorstandes an die Landesvertreterversammlung so zu besetzen, wie es die Satzung der CDU vorsieht, d.h. innerhalb jedes Dreierschrittes eine Frau vorzusehen.

Vorschlag für die Listenplätze 7 ff. in alphabetischer Reihenfolge:

Name

Dr. Christine Heins, Ärztin/Unternehmerin
 Kerstin Magnussen, Personalleiterin
 Ursula Michalak, Lehrerin
 Dr. Marna Michel, Mikrobiologin
 Renate Müller-Loennies, Lehrerin
 Dr. Christina Quellmann, Ärztin/Unternehmerin
 Anna-Katharina Schättiger, Selbständige Unternehmerin
 Katrin Schulz, Geschäftsführerin Zweckverband Kindertagesstätten
 Melanie Siemen, Versicherungskauffrau
 Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Rechtsanwältin
 Dr. Christina v. Wedelstadt, Zahnärztin

Gewählte Liste für die Wahl zum Deutschen Bundestag

Landesvertreterversammlung am 28. Februar 2009

1. Dr. Johann Wadehul
2. Dr. Ole Schröder
3. Michaela Pries
4. Wolfgang Börnsen
5. Gero Storzjohann
6. Anke Eymer
7. Ingbert Liebing
8. Dr. Rolf Koschorrek
9. Ingo Gädechens
10. Dr. Philipp Murmann
11. Norbert Brackmann
12. Katrin Schulz
13. Dr. Sabine Sütterlin-Waack
14. Claus Christian Clausen
15. Dr. Andreas Ellendt
16. Laura Schlegelberger
17. Tim Hanke
18. Ursula Michalak
19. Thomas Jepsen
20. Arne Rüstemeier
21. Dr. Christina von Wedelstaedt
22. Dr. Ulrich Drerup
23. Dr. Marna Michel
24. Oliver Gantz
25. Melanie Siemen

- 26. Dr. Christine Heins
- 27. Renate Müller-Loennies
- 28. Dr. Christina Quellmann
- 29. Anna-Katharina Schättiger



Buchtipps

„Hausmusik, Lektüre, intellektueller Austausch: Das Dresdner Villenviertel, vom real existierenden Sozialismus längst mit Verfallsgrau überzogen, schottet sich ab. Resigniert, aber mit Sarkasmus kommentiert man den Niedergang eines Gesellschaftssystems, in dem Bildungsbürger eigentlich nicht vorgesehen sind.“so heißt es im Klappentext eines bemerkenswerten Buches. Eine Familie und ihre Freunde, Kollegen, Bekannten im Dresden der späten Achtziger des vorigen Jahrhunderts – kurze Zeit vor der Wende – symbolhaft für die bürgerlichen Reste des Arbeiter- und Bauerstaates DDR stellt die Akteure.

Das Abschotten mag für Stunden gelingen, überwiegend sind auch die „Türmer“ dem Verfallsgrau des Sozialismus ausgesetzt. Aus den unterschiedlichen Blickwinkeln der einzelnen Mitglieder des geschilderten Kreises, aus ihren Erlebnissen, ihren Meinungen, Tagebuchaufzeichnungen entsteht ein dichtes Bild jener Jahre und jenes Kreises. Leben in der DDR – heute oft beschönigt, wie zuletzt durch den der SPD angehörigen Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns - ward selten so genau beschrieben. Wohnen, Arbeiten, Freizeit, alles untersteht subtilen Kontrollmechanismen, überall bedarf es feinsten Vorsichtsmaßnahmen. Es gilt genau auszutarieren zwischen innerer Freiheit und überlebensnotwendiger Anpassung. Sadismus und Ausbeutung in der Volksarmee wird ebenso lebensnah beschrieben wie die Machtentfaltung der Funktionäre und Amtsinhaber.

Wer sich durch die 973 Seiten des Werkes „Der Turm“ von Uwe Tellkamp, dem 1968 in Dresden geborenen Autor dieses faszinierenden Romans, gearbeitet wird, wird gefeilt sein gegen die Schönredner, die uns weis machen wollen, in der DDR sei es doch recht nett gewesen. Vergessen wir nicht, dass die Vorgänger der Partei DIE LINKE in grader Linie die PDS, die SED sind.

Mich hat das Buch sehr berührt und an die Stunden erinnert, die ich in meinen Schulferien mit Freunden meiner Tante in Rostock verbracht habe. Ich erinnere mich genau an ihre Wissbegierde, ohne Propagandaschleier zu hören wie es in der Welt zugeht, Gespräche, die leise geführt werden mussten, damit niemand mithörte. Das habe ich in Tellkamps teilweise autobiographischer Darstellung wiedergefunden.

„Der Turm“ beschreibt die Endzeit der DDR wie Dieter Meichsners „Die Studenten von Berlin“ ihren Beginn im geteilten Berlin zum Thema hat. Der Kreis hat sich geschlossen.

Dass er geschlossen bleibt, ist eine wichtige politische Aufgabe. Dazu gehört es, die DDR dem Vergessen zu entreißen. Die Umfragen zu Kenntnissen über dieses Gebilde sind erschreckend. Auch wenn Tellkamps Buch als Ganzes nur Wenige erreichen wird, so gibt es doch Passagen von denen ich mir wünschte, sie würden Schullektüre, so das erbarungswürdige Leben in der Nationalen Volksarmee oder die Odyssee zur Erlangung eines Bezugscheins für einen neuen Warmwasserbereiter.

Uwe Tellkamp, Der Turm, Geschichten aus einem versunkenen Land, Suhrkamp, 2008

Dieter Meichsner, Die Studenten von Berlin, Rowohlt, 1954